

500.000 Euro verpulvert

hat die aus Zwangsbeiträgen finanzierte Österr. Hochschülerschaft unter rot-grüner Führung mit einem CAFÉ ROSA.

Der Betrieb des Café Rosa durch die Studierendenvertreter der Universität Wien hat keine rechtlichen Konsequenzen. Wie eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Wien bestätigte, wurden die Ermittlungen gegen die Verantwortlichen der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) nach mehr als drei Jahren eingestellt.

Der Ring Freiheitlicher Studenten hatte 2012 gegen die damals zuständige Wirtschaftsreferentin und spätere ÖH-Vorsitzende Janine Wulz und die Vorsitzende des Studibeisl-Vereins, Stefanie B. Anzeige eingebracht. Der Verdacht: Untreue und satzungswidrige Verwendung von ÖH-Mitteln. Die Staatsanwaltschaft hat sich gegen eine Anklage entschieden.

Laut dem Endbericht der ÖH der Universität Wien hat das als „antikapitalistisches“ Beisl geplante Café Rosa eine halbe Million Euro Verlust eingefahren. Finanziert wurde das Lokal aus Mitteln der ÖH. Umgesetzt hatte das Projekt eine Koalition aus Gras (Grüne und Alternative Student_innen), VSStÖ (Verband Sozialistischer Student_innen) und KSV-Lili (Kommunistischer Studenten_innenverband – Linke Liste) Das Café sollte ohne Konsumzwang und als diskriminierungsfreier (!) Raum betrieben werden.

Nur wenige Studierende kamen an dem Geschäftslokal in der Währinger Straße vorbei, und auch das geplante günstige Mittagsmenü konnte aufgrund fehlender Genehmigung für die Küche nicht angeboten werden. Erst im Mai 2011 eröffnet, mußte das Lokal im März 2012 schon wieder geschlossen werden. Dann zog die ÖH-Exekutive die Reißleine und beendete den Betrieb. Bis Oktober 2013 dauerte es, daß die Studierendenvertreter einen Nachmieter fanden und aus dem Vertrag aussteigen konnten.

Eines war schon im Jahr 2012 klar: Die ÖH hätte für den Betrieb des Cafés die Zustimmung des Wissenschaftsministeriums einholen müssen. Daß die Studierendenvertreter für den Betrieb des Lokals einen Verein gründeten, wertete die aus Ministeriums- und Studentenvertretern bestehende Kontrollkommission damals als unzulässiges Umgehungsgeschäft.

Die ÖH selbst gesteht in ihrem Endbericht ein, daß der Betrieb des Cafés ein Fehler gewesen sei.

Ein teurer Fehler